

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1912

61 (2.3.1912) 2. Blatt

Volkswirtschaftliches.

Wünsche für den Weltpostkongress.

Der Weltpostkongress, der in seiner geltenden Fassung am 26. Mai 1906 in Rom auf dem dort abgehaltenen Kongress abgeschlossen wurde, enthält Bestimmungen in bezug auf Briefe, einfache Postkarten, Postpakete und Warenproben. Daneben bestehen ebenfalls, zuletzt an dem genannten Tage abgeschlossen folgende Nebenabkommen, an denen nicht alle Vertragsländer beteiligt sind: Übereinkommen betreffend den Austausch von Briefen und Kästchen mit Wertangabe, den Postanweisungsdienst, den Austausch von Postpaketen, den Postauftragsdienst, den Postbezug von Zeitungen und Zeitschriften. Der Vertrag und die Nebenabkommen traten am 1. Oktober 1907 in Kraft. Nach Artikel 25 des Vertrags soll ein Kongress spätestens 5 Jahre nach dem Inkrafttreten der auf dem letzten Kongress geschlossenen Akte abgehalten werden. Nach einer vom Staatssekretär des Reichspostamts am 8. März 1911 im Reichstage gemachten Mitteilung wird der nächste Weltpostkongress in Madrid wahrscheinlich 1913 stattfinden. Eine Ermittlung und Bearbeitung der bei den Mitgliedern des Deutschen Sandelstages in bezug auf den Weltpostvertrag und die Nebenabkommen vorhandenen Wünsche, soll ebenso, wie sie für den Kongress von Rom stattgefunden hat, auch für den Kongress von Madrid vorgenommen werden. Es ist daher erwünscht, solche Wünsche nebst Begründung möglichst bald einzureichen, da die Angelegenheit von dem im September 1912 stattfindenden Internationalen Handelskongress und etwa 3 Monate vorher von dem ständigen Komitee des Kongresses behandelt werden soll und dabei die auf Grund der vorliegenden Umfrage vom Deutschen Handelsstag zu fassenden Beschlüsse vorliegen möchten.

16. Hauptversammlung des Vereins Badischer Ziegeleibesitzer.

Am Sonntag den 25. Februar hielt der Verein Badischer Ziegeleibesitzer in Karlsruhe seine 16. Hauptversammlung ab, welche von Ziegeleibesitzern und Direktoren aus Eberbach, Heidelberg, Ludwigsbühl, Wiesloch, Bruchsal, Oberhausen, Am Bruchsal, Forstheim, Karlsruhe, Windischlag bei Offenburg, Freiburg und anderen besucht war.

Der erste Vorsitzende, Herr Madle-Oberhausen, eröffnete mit Begrüßungsworten die Versammlung und machte Mitteilungen über die Verhandlungen der Kommission des Vereins Badischer Ziegeleibesitzer mit der Großh. Regierung bez. Bedeckung der staatlichen Neubauten mit Ziegeln statt mit Schiefer. Das Großh. Ministerium versprach weitgehende Unterstützung. Für die von Mitgliedern des Vereins Badischer Ziegeleibesitzer für die den im letzten Jahre im Ackerbauverweunungsgebiet Grünfeld-Tauberbischofsheim betroffenen zugewanderten Spenden und Unterstützungen lag ein Dankeschreiben des Bezirksamts Tauberbischofsheim vor. Nach verschiedentlichen geschäftlichen Mitteilungen erstattete Ziegeleibesitzer Schindler-Bindischlag den Ackerbericht für die Jahre 1910 und 1911. Das Vereinsvermögen beträgt 1158 Mark. Dem Kassier wurde Entlastung erteilt.

Es wurde sodann angeregt, daß in Baden eine größere Agitation getrieben werde, um die dem Verein noch fernstehenden Ziegeleibesitzer für den Verein gewinnen zu können. Die Wahl des Gesamtvorstandes hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Herr Franz Madle, Ziegeleibesitzer in Oberhausen, 2. Vorsitzender Herr L. Anaab, Ziegeleibesitzer in Eberbach, Schriftführer Herr Direktor Maul-Karlsruhe, Schatzmeister Herr Schindler, Ziegeleibesitzer in Windischlag. Zu Beisitzern wurden gewählt: die Herren Kall, Ziegeleibesitzer in Heidelberg, Direktor Maris-Freiburg, Direktor Vetter-Forstheim, Direktor Denis-Standern und Direktor Hoffmann-Wiesloch. Ziegeleibesitzer Anaab sprach dem feierlichen Vorstand und insbesondere Herrn Madle für seine erzieherische Tätigkeit den Dank aus. Betreffend die nächste Wanderversammlung wurde Mainz bestimmt und beschloffen, von da aus einen Ausflug nach Ringen-Rüdesheim-Wiederstadt zu unternehmen. Der Vorstand wird sich hierüber noch mit dem hiesigen Ziegeleibesitzerverein in Verbindung setzen.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung erfolgte eine ausgiebige Aussprache über Haftpflichtversicherung und Feuerversicherung. Der Verein trat dem Verein für Wohnungsschutz bei. Herr Fabritant Kammüller-Standern übermittelte eine Einladung zur 4. ordentlichen Jahresversammlung des Verbandes süddeutscher Industrieller am 9. und 10. März in Mannheim. Zu Schluß der Tagesordnung hielt Herr Regierungsrat Dr. A. D. N. Koch-Stuttgart einen Vortrag über die Bedeutung der Beziehungen zur Ziegeleindustrie. Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Der Vorsitzende sprach dem Redner den Dank der Versammlung aus. Nach den Beratungen versammelten sich die Teilnehmer zu einem gemeinsamen Abendessen.

Das Budget der Stadt Mannheim.

Der städtische Voranschlag, der soeben an die Mitglieder des Bürgerausschusses verteilt worden ist, bietet wieder Anlaß zu zahlreichen Betrachtungen über die Finanzgebarung und Kulturarbeit einer modernen Großstadt. Einige Punkte, die die allgemeine Aufmerksamkeit beanspruchen dürfen, sollen in Folgendem kurz hervorgehoben werden.

Vor allem verdient die größte Beachtung die Art und Weise, in der die Stadtgemeinde mit ihrem Wirtschaftsumschuß verfährt. Das Jahr 1911 hat vorzüglich abgeschritten. Durch eine vorsichtige Wirtschaftsführung in allen Zweigen der Verwaltung hat sich gegenüber dem Voranschlag — ohne Berücksichtigung des Betriebsfonds von 300 000 M. — der außergewöhnlich hohe Überschuß von rund 675 000 M. ergeben. Würde nun dieser Überschuß in voller Höhe zur Deckung der Ausgaben des Jahres 1912 herangezogen, so könnte die Umlage in diesem Jahr herabgesetzt werden. Da aber in den nächsten Jahren verschiedene kostspielige Unternehmungen auszuführen sind — vor allem das neue große Krankenhaus —, so müßte vielleicht schon im nächsten Jahr wieder die Umlage hinaufgesetzt werden. Ein solches Auf und Ab in der Umlage hat aber namentlich für die ganze reichende Geschäftswelt große Nachteile, und es ist daher mit vollem Recht gefordert worden, die Städte sollten nach einer Stetigkeit in der Höhe ihres Umlagefußes streben. Der Stadtrat hat nun im vorigen Jahr beschlossen, Wirtschaftsumschüß eines abgelaufenen Jahres nur insoweit zur Deckung der Ausgaben folgender Jahre heranzuziehen, als dies zur Aufrechterhaltung des bestehenden Umlagefußes erforderlich ist. Niemals soll also ein Wirtschaftsumschüß zur Verabreichung des Umlagefußes verwendet werden. Insofern der Überschuß zur Vermeidung einer Erhöhung des vorjährigen Umlagefußes nicht erforderlich ist, wird er einem besonderen Umlageausgleichsfonds zugeführt, der seinerseits wieder in ungünstigen Jahren, in denen die Umlage ohne ihn erhöht werden müßte, zur Aufrechterhaltung des Umlagefußes herangezogen werden kann.

Mit der Schaffung dieses Umlageausgleichsfonds hat die Stadt Mannheim als erste badische Gemeinde eine finanzwirtschaftliche Maßnahme getroffen, die auch anderwärts Nachahmung verdient.

Die Gesamteinnahmen der Stadt für 1912 betragen 18 Millionen Mark, die Ausgaben 26,8 Millionen. Es bleibt also ein Betrag von 8,8 Millionen durch Umlagen zu decken. Wenn wir alle Zweige der städtischen Verwaltung einteilen in solche, die Zuschüsse verlangen, und in solche, die Überschüsse abwerfen, so finden wir folgende Zahlen: Summe der Überschüsse 6,8 Mill. M., Summe der Zuschüsse 15,6 Mill. M.

Um einen Einblick in das vielverzweigte Gebiet der städtischen Verwaltung zu gewinnen, lohnt es sich, die Hauptüberschüsse und Zuschüßposten aus dem Budget auszusuchen und zusammenzuzählen. Da ergibt sich folgendes:

Von den 6,8 Mill. Mark Überschüssen entfällt genau die Hälfte, nämlich 3,4 Mill. Mark auf die an die Stadtkasse erfolgenden Ablieferungen der sogenannten wirtschaftlichen Betriebe der Stadt. Es liefern nämlich ab an Zinsen, Amortisation und Reingewinn

das Gastwerk	0,9 Mill. M.
das Elektrizitätswerk	0,8 " "
das Wasserwerk	0,6 " "
der Schlacht- und Viehhof	0,2 " "
die Straßenbahn	0,2 " "

Dazu kommen die Zinsen der aus den jährlichen Abschreibungen gespeisten Erneuerungsfonds der wirtschaftlichen Betriebe mit 0,2 Mill. M. und die über die Voranschlagsätze hinausgehenden und aus rechtlichen Gründen erst jetzt in diesem Voranschlag erscheinenden Reingewinne der gewerblichen Betriebe aus früheren Jahren mit 0,5 Mill. M.

Man sieht, welche große Bedeutung für das Gemeindebudget die städtischen „Regiebetriebe“ haben. Die Bedeutung erscheint besonders wichtig, wenn man bedenkt, daß sich unter den übrigen „Überschüßposten“ die Nutzungswerte der städtischen Gebäude mit 2 Mill. M. befinden.

Nun zu den Zuschüßposten!

Da steht an erster Stelle das Schulwesen. Es erfordern Zuschüsse:

die Volks- und Bürgerschulen	4 Mill. M.
die Mittelschulen	0,6 " "
die Fachschulen u. d. Handelshochschule	0,3 " "

In diesen Posten sind die Nutzungswerte der städtischen Schulgebäude mit enthalten. Dann kommen:

die Armen- und Krankenpflege mit 1,5 Mill. M.
die soziale Fürsorge mit 0,3 " "

Das Volkstheater erhält eine halbe Million M. und Kunst und wissenschaftliche Einrichtungen und Vereine erhalten ebenfalls. Die für die Vergütung und Tilgung der Schulden erforderliche Summe beläuft sich auf 2,7 + 0,9 = 3,6 Mill. M. Das Tiefbauwesen, für das dieses Jahr erstmalig ein besonderer Voranschlag erscheint, und die Straßenbeleuchtung erscheinen mit 1,9 + 0,2 = 2,1 Mill. M., die Gemeindeverwaltung mit 0,4 Mill. M.

Ein Posten „Für Volksschulhausbauzwecke“ (0,2 Mill. M.) beansprucht eine genauere Betrachtung. Von der Erwägung ausgehend, daß in einer Großstadt die Schulhausbauten ein regelmäßig wiederkehrender laufender Aufwand sind, soll künftig die Kosten für Volksschulhausbauten ganz aus laufenden Mitteln bestritten werden. Diese einschneidende Änderung kann natürlich nicht auf einmal durchgeführt werden. Es ist beschloffen, jährlich den Betrag eines Umlagepennings hierfür einzuflecken und diesen Satz von Jahr zu Jahr um einen weiteren Zehntelsteigen zu steigern. Zu dieser künftlichen Steigerung tritt dann noch die natürliche Erhöhung des Pfennig-ertrags infolge der Zunahme der Steuerkapitalien. Auf diese Weise wird in etwa 10 Jahren das aufgestellte Ziel erreicht sein.

Die Gesamtsumme der Zuschüsse beträgt 15,6 Mill. M., wovon 14 Mill. auf die angeführten Posten entfallen. Betreffend wir zum Schluß noch kurz die Frage auf, welche Posten gegenüber 1911 wesentlich erhöhte Zuschüsse erhalten. Wir finden eine Steigerung des Zuschusses

bei den Volksschulen um 0,4 Mill. M.
bei den Mittel- und Fachschulen um 0,2 " "

(worauf sich je 0,1 Mill. Nutzungswert befindet), bei der Armen- und Krankenpflege und bei Kunst und Wissenschaft ebenfalls ein Mehr von 0,1 Mill. M.

Von diesem letzten Posten aus sei noch ein Blick auf die Richtung der städtischen Politik im allgemeinen geworfen. Suchen wir nämlich, wo diese erhöhte Fürsorge der Kunst zutage tritt, so finden wir in dem Voranschlag der erst wenige Jahre bestehenden Kunsthalle, daß allein für Anschaffung von Gemälden und Skulpturen der bisherige Betrag von 50 000 M. verdoppelt worden ist. Dieser eine Posten hat aber in dem Zahlenmeer des Budgets eine besondere Bedeutung: er ist ein Ausdruck der von der Stadtverwaltung verfolgten Kunstpolitik. Was die Politik der Stadtverwaltung, wenn man sie durch ein Schlagwort bezeichnen will, unter dem Zwang der wirtschaftlichen Verhältnisse, wie sie sich in den verflochtenen zwei Jahrzehnten entwickelten, lange Zeit hindurch in der hauptsächlich industriepolitisch gewesen, als deren Verkörperung wir die städtischen Industriezentren ansehen können, so scheint an die Seite dieser Industriepolitik nunmehr auch eine lebhaftere Kunstpolitik durch die Stadt treten zu wollen. Neben Theater und Musik, die sich hier immer besonderer Pflege erfreuten, soll der bildenden Kunst, der Tradition des 18. Jahrhunderts folgend, wieder eine Heimat in den Herzen der Bürger bereitet werden. Diese stark betonte Pflege idealer Güter hat schon in ihren Anfängen verbeizugsvolle Blüten getrieben. Zu Übereinstimmung mit der Stadtverwaltung hat der neuberufene Direktor der Kunsthalle im vorigen Jahr unter dem Zusammenströmen von Tausenden einen „Freien Bund zur Einbürgerung der bildenden Kunst“ gegründet, der eine zusammenfassende und weitgreifende Organisation dieser Kunstbestre-

bungen darstellt. Eine Hauptstütze des Bundes ist die vor wenigen Wochen eröffnete „Akademie für Jedermann“, ein Vortragsunternehmen, das unter Zuhilfenahme des Lichtbildapparats das Verständnis für die bildende Kunst zu fördern bestrbt ist. Man muß einen solchen Vortragsabend miterlebt haben, um zu erfahren, wie tiefes Bedürfnis die arbeitbeladenen Menschen der Großstadt nach einer Bereicherung ihres Lebens durch die Kunst haben, und um zu sehen, wie diesem Sehnen seine Erlösung wird. Der Saal der Akademie, der sich durch eine wunderbare Kraft und edle Schönheit auszeichnet, ist Abend für Abend dicht besetzt, ja er vermag trotz seiner Größe schon nicht mehr alle zu fassen, die Einlaß begehren. Wenn die städtischen Körperschaften einmütig und ohne Opfer zu scheuen, diese Bestrebungen fördern, so finden sie damit nicht nur den Beifall aller Freunde einer Förderung der Volkskultur, sondern sie haben auch die freudige Zustimmung von Zehntausenden der Bevölkerung hinter sich.

Dr. M.

Forstheim, 1. März. Nach dem Antrag der städtischen Finanzkommission wird die städtische Anleihe pro 1912 im Betrage von 10 Millionen Mark an ein Konfessionarium unter Führung der Bank für Handel und Industrie in Darmstadt zum Kurs von 97,83 vergeben. Der Geldmarkt ist gegenwärtig ungünstig für die Aufnahme von Anleihen. Das muß auch die Forstheimer Stadtgemeinde erfahren, die bekanntlich am 5. Februar die Aufnahme einer neuen vierprozentigen Anleihe im Betrage von 10 Millionen Mark zur Ausführung verschiedener großer Arbeiten beschloß. Auf das Ausschreiben gingen nur 2 Angebote ein, und zwar das eine zu 97,89, das andere zu 97,83 M. für 100 M. Nennwert. Die Gruppe, welche diesmal das höhere Angebot mit 97,89 machte stellte zudem noch einige Bedingungen, welche von den der ministeriellen Genehmigung unterworfenen Anleihenbedingungen abwichen. Bei dem Betrage von 10 Millionen Mark bedeuten die 2,17 Proz., welche das Angebot von 97,83 unter dem Nominalwert zurückbleibt, für die Stadtgemeinde einen Ausfall von 217 000 Mark, während sie bei der Vergebung der vorliegenden Anleihe 16 800 Mark über den Nominalwert erhielt. Die Kosten des Anlebens (Reichsteuern, Sporeten, Druckkosten usw.) betragen obendrein noch etwa 65 000 M. Sie werden, ebenso wie die Kursdifferenz, auf Anleihenmittel verrechnet. Das Anleihen wird mit 1 1/2 Proz. getilgt (bisher 1 Proz.), so daß die Tilgung in 37 Jahren erfolgt. Die Festsatzgruppe, welche die Anleihe übernommen hat, stellt dieselbe bereits zum Kurse von 98 1/2 Proz. speisefrei zum Verkauf.

Aus der Landwirtschaftskammer. Um die sachgemäße Anlage von Wiesen und dauernden Futterlandereien zu fördern, hat die Landwirtschaftskammer auch dieses Jahr wieder Mittel für Zuschüsse zu den Kosten der Sämereien bereitgestellt. Landwirte, welche auf diese Unterstützung reflektieren, lassen sich vor Anlage der Wiese oder Weide an die Landwirtschaftskammer zu wenden. Auf Grund eines Fragebogens erfolgt dann die Aufstellung der zur Ansaat zu verwendenden Sämereien durch die Groß. Saatgutanstalt (amtliche Beratungsstelle für Futterbau). Auf Wunsch vermittelt die Landwirtschaftskammer die erforderlichen Sämereien. — Die Landwirtschaftskammer hat im vorigen Jahre wieder auf 16 Tabaksaatbaustellen, die sich über das ganze Gebiet des badischen Tabakbaues verteilen, Tabaksaaten der in Baden angebauten Sorten: Friedrichstaler, Seufersheimer, Goundi und Amersforter ziehen lassen. Der Samenbau erfolgte unter strenger Auswahl der einzelnen Stöcke und unter der Leitung der Groß. Saatgutanstalt und der Landwirtschaftskammer. Der Samen wird in kleinen Paketen von je 25 g, welche für eine Ackerfläche bis zu einem Morgen (36 Ar) ausreichen, zum Preise von 50 Pf. durch die Landwirtschaftskammer abgegeben; bei Bezug von mindestens 10 Paketen durch einen Verein zu 40 Pf.

Schiffsverkehr der Oberrheinflüsse. Der Schiffsverkehr in Mannheim und Rheinau betrug im Jahre 1906 in 1000 Tonnen 6841, 1907: 7862, 1908: 7725, 1909: 7298, 1910: 6723, 1911: 6884. Der Verkehr im Staats- und Industriehafen zu Mannheim hat im Jahre 1911 gegen 1910 einen Rückgang von 80 000 Tonnen, im Rheinauhafen von 59 000 Tonnen (Ankunft und Abgang zusammengerechnet) erfahren. Der Verkehr in den Häfen Karlsruhe, Kehl und Straßburg betrug in 1000 Tonnen im Karlsruher Rheinhafen 1911: 1005, 1910: 845, in Kehl 1911: 233, 1910: 328 und in Straßburg 1911: 1089, 1910: 1208. Die Zunahme des Hafenerverkehrs in Karlsruhe betrug demnach in 1000 Tonnen 160, die Abnahme in Kehl 95, in Straßburg 114. In den Monaten Januar bis November 1911 haben zugenommen in 1000 Tonnen die außerhalb des Rheins Ludwigsbühl um 101, Worms um 38.

Im Laufe des Jahres 1911 gelangten beim Genossenschaftsvorstand der badischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft 7296 Anträge zur Anzeige, wovon 6602 auf die Landwirtschaft und die mitverficherten Nebenbetriebe und 694 auf die Forstwirtschaft entfielen. Erstmals entschädigt wurden 3903 Fälle; hierunter sind 149 Fälle mit tödlichem Ausgang. An Jahresrenten wurden für die neu entschädigten Fälle 308 660 M. angewiesen, und zwar an 3776 Verletzte 292 377 M., an 83 Witwen 8890 M. und an 88 Kinder 7393 M. Für die tödlich verlaufenen Anfälle wurden weiter 7470 M. Sterbegelder gezahlt. Im gesamten waren zu Anfang des Jahres 24 426 Personen im Rentengenuß, davon schieben im Laufe des Jahres durch Einstellung der Rente 2349 u. durch Tod 767 aus. Unter Berücksichtigung des obigen Zuganges bezogen hiernach auf 1. Januar 25 257 Personen Renten im gesamten Jahresbetrage von rund 2 028 450 M., gegenüber dem Jahresanfang 52 850 Mark weniger. Die Zahl der Fälle, in welchen im Laufe des Jahres Entschädigungen abgelehnt wurden, betrug 1341; in 3276 Fällen mußten Änderungen im Rentenbezug vorgenommen werden.

Aus der Landesfeuerwehr-Unterstützungskasse. Die Landesfeuerwehrunterstützungskasse hatte im Jahre 1911 u. a. folgende Aufwendungen: Unterstützungen an verunglückte Feuerwehrmänner und Mitglieder von Löschmannschaften, sowie an Hinterbliebene von solchen Personen in 158 Fällen 23 713 Mark 96 Pf., darunter 35 wiederkehrende Unterstützungen im Jahresbetrage von rund 10 100 M.; Beihilfen an Gemeinden und Feuerwehren zur Einrichtung von Hydrantenanlagen sowie zur Anschaffung von Löschgeräten und Ausrüstungsgegenständen von Automobilmannschaftswagen und zur Einrichtung von elektrischen Feuermeldeanlagen in 108 Fällen (86 Gemein-

Bürgerliche Rechtspflege.

a. Streitige Gerichtsbarkeit.

Effentliche Zustellung einer Klage
U. 172.2. Nr. 1 B. G. 114/12. Kaufhaus. Die Firma Fr. Schwaier & Co. in Stuttgart, Charlottenstraße 21. Prozeßvollmächtigte: Advokate Dr. Löwenstein 1., Dr. Kiefe 1. und Dr. Waldmüller in Stuttgart, klagen gegen den Julius Levi, Demist. früher in Konstanz, nunmehr mit unbekanntem Aufenthalt in Anarido, unter der Behauptung, daß der Beklagte dem Kläger aus dem Wechsel vom 18. Oktober 1911 391.70 M. und 8.95 M. Wechselkosten schulde, mit dem Antrage auf lösenfällige Verurteilung des Beklagten zur Zahlung von

400.65 M. nebst 6 Proz. Zins aus 391.70 M. seit 1. Jan. 1912.

Zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits wird der Beklagte vor das Großh. Amtsgericht in Konstanz, Zimmer Nr. 11, auf Dienstag den 16. April 1912, vormittags 9 Uhr, geladen.

Konstanz, 19. Febr. 1912.
Der Gerichtsschreiber des Großh. Amtsgerichts.

Donnerstag, 28. März 1912, vormittags 11 1/2 Uhr, bestimmt.

Achern, 28. Febr. 1912.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.

U. 180. Heidelberg. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Papierwarenhändlers Michael Hermann Koeder in Heidelberg-Neuenheim wurde nach Abhaltung des Schlußtermins und Vollzug der Schluß-Verteilung durch Beschluß des Großh. Amtsgerichts hier vom Gericht aufgehoben.

Heidelberg, 28. Febr. 1912.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts Nr. III.

U. 176. Mannheim. Im Konkursverfahren über das Vermögen des Bauunterneh-

mers Georg Weber von Mannheim sind zur gerichtlichen Genehmigung der Schlußverteilung 1462 M. 35 Pf. verfügbar und hierbei nach dem auf der Gerichtsschreiberei des Großherzoglichen Amtsgerichts Mannheim, Abteilung IV, aufgegebenen Schlußverzeichnisse 1237 M. 08 Pf. bevorrechtigte und 109 417 M. 24 Pf. nichtbevorrechtigte Forderungen zu berücksichtigen.

Mannheim, 1. März 1912.
Der Konkursverwalter:
Dr. Dührschneider,
Rechtsanwalt.

U. 177. Mannheim. Im dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kolonialwarenhändlers Louis Schmitt in Mannheim ist zur Abnahme

der Schlußrechnung des Verwalters und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die Erstattung der Auslagen und die Gewährung einer Vergütung an die Mitglieder des Gläubigerausschusses der Schlußtermin bestimmt auf Samstag den 23. März 1912, vormittags 9 Uhr, vor dem Amtsgericht hier, selbst II. Stad., Zimmer Nr. 114.

Mannheim, 28. Febr. 1912.
Amtsgerichtsschreiber V.

U. 182. Offenburg. Im Konkursverfahren über das Vermögen d. Heinrich Stroth, Auktionshändler in Offenburg, wird Termin zur Anhörung der Gläubigerversammlung über den vom Konkursverwalter gestellten Antrag auf

Einstellung des Verfahrens gem. § 204 R.O. bestimmt auf Donnerstag, 14. März 1912, vormittags 11 Uhr.

Offenburg, 23. Febr. 1912.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.

U. 183. Forstheim. Im Konkursverfahren über das Vermögen des Bijouteriehändlers Max Wittenauer in Dill-Weissenstein ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen bestimmt auf

Donnerstag, 21. März 1912, vormittags 9 Uhr, vor dem Großh. Amtsgericht hier, Zimmer Nr. 20.
Forstheim, 27. Febr. 1912.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts A. 1.

Disconto - Gesellschaft in Berlin.

Geschäfts-Bericht für das Jahr 1911.

Die Disconto-Gesellschaft hat durch das am 22. November erfolgte Ableben ihres Seniorchefs, des Geh. Seehandlungsrats a. D. Alexander Schoeller, einen sehr schweren Verlust erlitten. Nachdem in einer Trauerfeier, die wir am 17. Dezember veranstalteten, die Persönlichkeit und das Wirken Schoellers eine eingehende Würdigung erfahren haben, gedenken wir auch an dieser Stelle in dankbarer Erinnerung der großen Verdienste, die sich der Verstorbene in 27jähriger, treuer Arbeit um die Leitung und Entwicklung unseres Instituts erworben hat, und die ihm einen dauernden und ehrenvollen Platz in der Geschichte der Disconto-Gesellschaft sichern.

Der Rückblick auf das Wirtschaftsjahr 1911 hinterläßt den beruhigenden Eindruck, daß die deutsche Volkswirtschaft wiederum erhebliche Fortschritte gemacht hat. Doch ist der ruhige Fortgang der Erwerbsarbeit Störungen ausgesetzt gewesen, die wesentlich durch die politische Lage bedingt waren. Im zweiten Halbjahre nahm sie infolge der Auslösung des Streites um Marokko, des Ausbruches des italienisch-türkischen Krieges und der Revolution in China einen bedrohlichen Charakter an und führte schließlich zu einer tiefgehenden Erregung aller Volksteile.

Die trotz der Unsicherheit der allgemeinen Lage im verflochtenen Jahre erzielten wirtschaftlichen Erfolge, für die das Wachstum unseres Aufwandes und der Einnahmen aus dem Eisenbahnbetrieb ebenso Zeugnis ablegt wie die Steigerung der Produktion in der deutschen Montanindustrie, sind aber um so höher zu bewerten, als die Ernte in einzelnen landwirtschaftlichen Produkten diesmal wenig ergeblig war und eine Lebensmittelerhöhung bestand, die vielfach Lohnschonungen erforderlich machte und dadurch die allgemeinen Produktionsbedingungen und die Betriebsverhältnisse in fühlbarer Weise verschlechterte. Auch wir haben uns veranlaßt gesehen, von Beamten mit geringem Einkommen durch außerordentliche Zulagen über die Zeit der Teuerung hinwegzuhelfen. Der Ausfall in der Erzeugung einheimischer Nahrungsmittel hatte eine im Vergleich zum Vorjahre verstärkte Einfuhr ausländischer Produkte zur Folge; immerhin weist der deutsche Export bei einem Gesamtwert von 8101,8 gegen 7474,6 Millionen Mark im Vorjahre ein etwas härteres Wachstum als der Import auf, dessen Wert von 8930 auf 9544,8 Millionen Mark gestiegen ist.

Trotz des hiernach gesteigerten Abwages und des hohen Beschäftigungsgrades der Industrie, wie er namentlich in den aniontangehörigen Unternehmen zutage trat, vermochten sich die Preise in der ersten Jahreshälfte doch nur wenig zu heben. Besonders die mit der Herstellung von Fertigfabrikaten leistungsfähigen Industriezweige haben über unzureichende Preise und Vermehrung der Herstellungskosten zu klagen gehabt. Der im Vorjahre wieder in Fluß gekommene Prozeß des Zusammenstufens bisher selbständiger Unternehmen der Kohlen- und Eisenindustrie zu großen, einheitlich geleiteten wirtschaftlichen Gebilden, die nicht nur Rohstoffe und Halbfabrikate erzeugen, sondern sie auch weiter verarbeiten, hat im Berichtsjahre seinen Fortgang genommen. Zum Stillstand dürfte die Bewegung wohl erst dann kommen, wenn die schwebenden Verhandlungen gelöst sind, da die Tendenz zur Konzentration, abgesehen von der Aussicht auf Herabminderung der Generalauskosten, am meisten durch die Unsicherheit über die Zukunft des Kohlenpreises und des Stahlwerksverbandes genährt wird, deren Zerfall einen allgemeinen Konkurrenzkampf zur Folge hätte. Die Fortsetzung auf die Erneuerung des Kohlenpreises hat durch die Verändingung der Substitutionsleistung mit dem Vergleichen und durch den Beitritt einer Anzahl bisher Außenstehender einen festeren Boden gewonnen; dagegen ist die Zukunft des Stahlwerksverbandes zurzeit noch völlig ungewiß. Auch auf dem Gebiete der Braunkohlenindustrie hat unter dem Einflusse der fortschreitenden Sanjierung der Werke eine Konzentrationsbewegung eingesetzt, an der wir uns, wie weiter unten berichtet, führend beteiligten.

Zu besonderer Befriedigung gereicht es uns, daß es gegen Ende des Jahres unter unserer Mitwirkung gelungen ist, in der Kaliindustrie den Frieden durch den Beitritt der Kaiserliche Kaliwerke und Solitiedt zum Syndikat unter günstigen Bedingungen wiederherzustellen. Kann sich die Kaliindustrie nunmehr ungehindert der Erweiterung ihres Absatzgebietes widmen, so muß doch die anhaltende Gründung neuer Kalwerke und die Aneufung neuer, durch den Bedarf nicht gerechtfertigter Schächte, auf deren schädliche Folgen wir bereits im Vorjahre hinwiesen, auch weiterhin ernste Besorgnisse erwecken. Besorgnisse, die durch die Art der Finanzierung eines Teiles der jüngeren Werke noch wesentlich gesteigert werden.

Die Reichsbank hat mit bestem Erfolge an ihrer auf mögliche Stabilität gerichteten Diskontopolitik festgehalten. Zu Beginn des Jahres galt der Diskontofuß bei 5%, der am 6. Februar auf 4,75%, am 18. Februar auf 4% erniedrigt wurde. Erst nach 7 Monaten trat am 19. September wieder eine Erhöhung durch Erhöhung des Diskontofußes auf 5% ein, der bis zur Erreichung nicht erfahren hat. Einen weithin fühl-

baren Einfluß auf die Verhältnisse des Geldmarktes übte die von der Reichsbank angeordnete Verteuerung des Lombardkredits an den Quartalsterminen aus, eine Maßregel, die im Interesse der Aufrechterhaltung der gesetzlichen Notendeckung als notwendig erachtet wurde, welche aber die weiter daran geknüpften Erwartungen einer geringeren Zuanpruchnahme der Reichsbank nicht erfüllte.

Das stetige Wachsen der Ansprüche an den Kapitalmarkt in Deutschland kann an sich nicht als ungesunde Erscheinung betrachtet werden, ist vielmehr eine natürliche Folge der Bevölkerungszunahme, des wachsenden Umfangs der konnerziellen und industriellen Tätigkeit und der durch die steigende Höhe der Lebensmittel, sowie der Rohstoffpreise verteuerten Produktionsbedingungen. Doch ist der Kapitalbedarf nicht immer in einer feinen Verwendungszwecken entsprechenden Weise befriedigt worden und hat dadurch eine Anspannung des Kredits hervorgerufen, die dessen Einschränkung ratfam erscheinen läßt.

Der Börsenverkehr zeichnete sich im ersten Halbjahre durch große Festigkeit und zunehmende Lebhaftigkeit aus, so daß gegen Mitte des Jahres die Kurse, insbesondere auf dem Kassamarkt, einen unverhältnismäßig hohen Stand einnahmen und ein Rückgang erwartet werden mußte. Dieser trat im dritten Quartal ein und wurde unter dem Druck der politischen Verhältnisse so sehr verschärft, daß die Kurse teilweise unter das durch die Umstände gebotene Maß sanken. Gleichzeitig wurde der deutsche Geldmarkt durch die Zurückziehung ausländischer, zumeist französischer Guthaben, die aus politischen und wirtschaftlichen Gründen erfolgte, auf eine ernste Probe gestellt. Aber gerade hierbei bewies der deutsche volkswirtschaftliche Organismus seine Gesundheit und Leistungsfähigkeit. Zwar machte sich hier und da in der Bevölkerung eine Besorgnis geltend, die zu erhöhten Ansprüchen an die Sparkasse führte, doch blieben diese vereinzelte Erscheinungen, und ohne jede Störung des Geschäftsbetriebes konnten die ausländischen Guthaben remittiert werden. Raum hatten die Marktforschungen ihr Ende erreicht, als auch an der Börse die Unternehmenslust aufs neue erwachte, um sich, gestützt auf einen allseitigen Aufschwung der gewerblichen Tätigkeit, bis zum Ende des Jahres in ungehinderter Kraft zu behaupten. Die durch die Abänderung des Börsengesetzes ermöglichte Wiederbelebung des Börsenverkehrs, auf die wir bereits in früheren Jahren hinwiesen, machte im Berichtsjahre weitere Fortschritte und spiegelt sich auch in der Verneuerung unserer Report- und Lombardgeschäfte wider.

Besonders zeigte sich die Stärke der Finanzkraft Deutschlands, als im Frühjahr eine ungarische Staatsanleihe von 212 Millionen Mark und eine türkische Zollauleihe von 130 1/2 Millionen Mark von Deutschland aufgenommen wurden, nachdem sich der französische Markt ihnen, wesentlich aus politischen Gründen, verweigert hatte.

Die Stagnation des amerikanischen Wirtschaftslebens ist dem deutschen Geldmarkt infolgedessen zuzustatten gekommen, als amerikanische Kapitalien in erheblichem Umfang nach Europa und eine nützbringende Verwendung für die Wirtschaft in den Vereinigten Staaten kennzeichnet am besten die Tatsache, daß vor wenigen Jahren der amerikanische Geldbedarf eine wichtige Rolle in den Dispositionen der großen europäischen Finanzinstitute spielte, im vorigen Jahre dagegen amerikanisches Geld in großen Beträgen in die alte Welt vertriehen worden ist. Während früher die deutschen Wörten durch die Schwankungen der Tendenz in New York stark in Mitleidenschaft gezogen wurden, hat der deutsche Geldmarkt und die deutsche Börse neuerdings ihre Widerstandskraft gegenüber fremden Einflüssen bedeutend zu erhöhen vermocht.

Das Emissionsgeschäft hatte im Berichtsjahre einen geringeren Umfang als in den beiden vorausgehenden Jahren, wobei bemerkenswert ist, daß das Reich und Preußen dank ihrer verbesserten Finanzlage den deutschen Anleihemarkt nicht in Anspruch zu nehmen brauchten. Der Ausfall, der durch die Einschränkung des Emissionsgeschäftes eintrat, wurde abgewogen durch die höheren Erträge des Geldleihegeschäftes und die gesteigerten Umsätze auf dem Effektenmarkte, so daß das Bankgewerbe befriedigende Ergebnisse aufzuweisen hat, obwohl durch die erhöhten Erfordernisse für die Befolgung der Beamten und das Anwachsen der Steuerlasten seine Auskosten sich in außerordentlicher Weise steigern.

Wir haben, nachdem die Erhöhung des Kommanditkapitals von 170 auf 200 Millionen Mark erfolgreich durchgeführt war, unserer Tätigkeit namentlich im Westen durch die Gründung von zwei neuen Filialen, in Essen und Saarbrücken, eine weitere Ausdehnung gegeben.

Wir haben, nachdem die Erhöhung des Kommanditkapitals von 170 auf 200 Millionen Mark erfolgreich durchgeführt war, unserer Tätigkeit namentlich im Westen durch die Gründung von zwei neuen Filialen, in Essen und Saarbrücken, eine weitere Ausdehnung gegeben.

Verzögerung für sich und ihre Hinterbliebenen als die durch das Gesetz gewährleistete. In Ergänzung dieser Fürsorge befallen wir ferner alle Beamten in dem Genus der Wohltaten, welche die David Hansemannsche Pensionskasse ihren Mitgliedern über den Umfang der vorgedachten Versicherung hinaus gewährt.

Die uns durch diese Regelung unserer Beamtenfürsorge erwachsenen erheblichen Mehraufwendungen werden von uns unter den Verwaltungskosten verbucht und sind dem Betrage zuzurechnen, den wir in früherer Höhe der David Hansemannschen Pensionskasse aus dem Jahresgewinn zu überweisen wiederum beantragen.

Unter den in der Bilanz ausgewiesenen Stiftungen zugunsten unserer Angestellten erscheint in diesem Jahre neu die Schoeller-Stiftung, die von dem verewigten Seniorchef unseres Instituts, Geheimrat Alexander Schoeller, bereits gelegentlich seines 20jährigen Dienstjubiläums begründet worden und nunmehr auf Grund letzter Anordnung des Verstorbenen und weiter durch eine hochherzige Zuwendung seiner Gattin ausgestattet worden ist.

Der Abschluß gestattet die Verteilung einer Dividende von 10 Prozent auf das alte Kommanditkapital von M. 170 000 000 und von 5 % auf das für das Berichtsjahr nur in halber Höhe dividendenberechtigte Kommanditkapital von M. 30 000 000.

Der Brutto-Gewinn beläuft sich einschließlich des Gewinnvortrages aus 1910 von	M. 1 355 578,79 auf	M. 37 026 646,26
Siervon sind abzusetzen die Verwaltungs-		
kosten, Steuern usw. mit	12 677 418,80	
Von verbleibenden	M. 24 349 227,46	
werden als Dividende von 10%, beginnend		
5% auf die Kommandit-Anteile, sowie		
wie als Gewinnbeteiligung der Geschäfts-		
inhaber und Familien des Aufsichtsrats verwendet	M. 21 399 469,27	
für Lohnsteuer zurückgestellt	272 857,15	
an die David Hansemannsche Pensions-		
kasse für die Angestellten der Gesell-		
schaft überwiesen	300 000,--	
der Besonderen Reserve überwiesen	1 000 000,--	
und auf neue Rechnung übertragen	1 376 901,04	
		M. 24 349 227,46

Das Kommanditkapital beträgt nach Durchführung der im Berichtsjahre beschlossenen Kapitalerhöhung M. 200 000 000. Der Allgemeine Reserve sind aus dem bei der Ausgabe der neuen Anteile erzielten Agio M. 19 207 288,61 zugeflossen; sie hat dadurch die Höhe von M. 37 300 000 erreicht.

Die nach Art. 9 des Statuts gebildete Besondere Reserve erfährt einen Zuwachs von M. 1 000 000, so daß sie sich nunmehr auf M. 24 000 000 stellt und beide Reserven zusammen M. 61 300 000 betragen.

Die Reserve für neuverworbene Immobilien und Neubauten beträgt unverändert M. 3 000 000.

Die Pensionskasse wird durch die genannte Überweisung von M. 300 000 auf einen Bestand von M. 5 368 192,92 gebracht. Das für die alle zwei Monate veröffentlichten Bilanzübersichten vereinbarte Bilanzschema haben wir auch unserem vorliegenden Jahresabschluss zugrunde gelegt und die darin vorgezeichneten spezialisierten Ausweise im nachstehenden gegeben.

Wenn auch dieses Bilanzschema im wesentlichen dem von uns bisher angewandten entspricht, so hatte es doch im einzelnen von den früheren abweichende Verbuchungen zur Folge, so daß die aus dem Vorjahre gegebenen Vergleichsziffern nicht ohne Einschränkung benutzbar sind.

Im Wechselverkehr betragen der Umsatz M. 6 037 000 853,97 (1910: M. 5 832 334 139,65), die Zahl der Wechsel 1 489 683 (1910: 1 411 308), der Durchschnittsbetrag eines Wechsels M. 4052,54 (1910: M. 4132,57). Am 31. Dezember 1911 beliefen sich die Bestände an Wechseln auf das Inland nach Abzug der Zinsen bis zur Verfallzeit auf M. 135 045 995,30, an Wechseln auf das Ausland, nach dem Tageskurse und nach Abzug der Zinsen bis zur Verfallzeit berechnet, auf M. 55 738 065,94, zusammen auf M. 190 829 061,24 (1910: M. 200 374 830,50). Hierin waren weder eigene Akzente, noch eigene Zielungen, noch an unsere Order gestellte Solawechsel unserer Kunden enthalten.

Die Umsätze in unverzinslichen Scharanweisungen sind in dem Wechselverkehr einbezogen. — Für inländische Wechsel betrug der Diskontofuß der Reichsbank durchschnittlich 4,38 % in 1911 gegen 4,35 % in 1910 und der in unserem Verkehr vorwiegend maßgebende Börsendiskont durchschnittlich 3,40 % in 1911 gegen 3,56 % in 1910. — Im Kurswechselverkehr bestand die Anlage hauptsächlich in Wechseln auf London. — Der Nettotrag aus dem Kurswechselverkehr nach Abzug der auf Zinsenkonten übertragenen Zinsen belief sich auf M. 1 250 735,17 gegen M. 1 151 543,68 in 1910.

Waren und Warenversandungen waren von uns am Bilanz-
tage in Höhe von 117 806 679,89 bevorrathet worden. Hier-
von waren

- a) gedeckt durch Waren, Fracht- oder Lagercheine
M 31 240 104,85,
- b) durch andere Sicherheiten M 12 247 263,26.

Der Verkehr in Wertpapieren, in dem auch die verzinslichen
Schatanweisungen des Reichs und der Bundesstaaten einbe-
griffen sind, im Kommissionsgeschäft für Konjunktial- u. eigene
Rechnung betrug M 3 506 128 604,87 (1910: M 3 273 086 188,65),
wovon auf die dem Effektenverkehr zugerechneten Coupons und
ausländischen Noten ein Umsatz von M 565 157 199,63 (1910:
M 523 112 659,44) entfiel.

Der Ertrag aus dem Reportgeschäft, aus den eigenen Wert-
papieren und aus Konjunktialgeschäften stellt sich nach vorsich-
tiger Bewertung und nach Abzug der auf Zinsen-Konto über-
tragenen Zinsen auf M 4 331 388,35 gegen M 5 793 960,52
in 1910. — Außerdem ergibt sich aus Coupons usw. ein Ge-
winn von M 160 104,02 gegen M 157 710,97 im Vorjahre. —
Es betrug der Bestand an eigenen Wertpapieren M 35 101 663,41
gegen M 33 741 272,93 in 1910, an Konjunktial-Beteiligungen
M 35 551 049,05 gegen M 41 345 408,73 in 1910, zusammen
M 70 652 712,46 gegen M 75 086 681,66 in 1910.

Der Bestand an eigenen Wertpapieren setzte sich wie folgt
zusammen:

- a) Anleihen und verzinsliche Schatanweisungen des Reichs
und der Bundesstaaten M 17 507 207,22,
- b) sonstige bei der Reichsbank und anderen Zentralnoten-
banken beleihbare Wertpapiere M 1 675 657,05,
- c) sonstige börsengängige Wertpapiere M 10 384 765,85,
- d) sonstige Wertpapiere M 5 534 033,49.

Der Bestand an verkauften, erst nach dem 31. Dezember
1911 abzuliefernden Wertpapieren (Reports) und Lombards
gegen börsengängige Wertpapiere betrug M 129 442 567,57
gegen M 115 044 927,84 im Vorjahre.

Wir nahmen als Kontrahenten teil an der Übernahme
folgender Wertpapiere:

- 4% Deutsche Schutzgebirgsanleihe. — 4% Bayerisches
Staats-Eisenbahn-Anleihen und 4% Bayerisches Allgemeines
Staats-Anleihen. — 3 1/2% Württembergische Schatzanwei-
sungen. — 4% Württembergische Staatsanleihe. — 4% Ba-
dische Staats-Anleihen. — 4% Hamburgische amortisierbare
Staatsanleihe. — 4% Westpreussische Provinzialanleihe. —
4% Pfandbriefe der Deutschen Pfandbrief-Anstalt in Posen.
— 4% Anleihe der Emschergenossenschaft zu Essen-Ruhr. —
4% Anleihen der Städte Cassel, Charlottenburg (Obernhaus-
Anleihe), Düsseldorf, Gelsenkirchen, München, Würzburg. —
5% Anleihe der Republik Chile. — 4% Kopenhagener Stadt-
anleihe. — 4 1/2% Teilschuldverschreibungen der Württem-
bergischen Nebenbahnen A.-G. — 4% Obligationen der
Großen Berliner Straßenbahn. — Steuerfreie 4 1/2% Priori-
tätsanleihen der Moskau-Kaschan Eisenbahn-Gesellschaft und
der Kaspischen Eisenbahn-Gesellschaft. — 5% Teilschuldver-
schreibungen der Deutsch-Oberseeischen Electricitäts-Gesell-
schaft, der Victoria-Falls & Transvaal Power Company Limi-
ted. — 4 1/2% Anleihen der Allgemeinen Electricitäts-Gesell-
schaft, der Basalt-Aktien-Gesellschaft zu Linz a. Rhein, der
Vergmann-Electricitäts-Werke A.-G., der Berliner Electrici-
tätswerke, der Deutsch-Südamerikanischen Telegraphen-
Gesellschaft, der Electricitäts-Lieferungs-Gesellschaft,
der Gesellschaft für elektrische Unternehmungen, der
Th. Goldschmidt Aktiengesellschaft Chemische Fabrik und
Zinnhütte, Essen-Ruhr, der Rheinisch-Westfälische Elec-
tricitätswerk-Aktien-Gesellschaft, der Hedderheimer Kupfer-
werk- und Süddeutschen Kesselwerke. — 4% Anleihe der Ge-
senkirchener Bergwerks-Aktien-Gesellschaft. — Neue Aktien
der Bayerischen Diskonto- und Wechsel-Bank A.-G., der Deut-
schen Hypothekbank in Meiningen, der Königsberger Vereins-
Bank, der Landbank, der Süddeutschen Diskonto-Gesellschaft
A.-G., der Banca Commerciale Italiana, der K. K. priv.
Österreichischen Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe, der
St. Petersburger Internationalen Handelsbank, der Ungari-
schen Allgemeinen Creditbank, der Chemischen Fabrik Weiler-
-Meer, der Deutschen Linoleum-Werke „Ganja“, der
Deutsch-Oberseeischen Electricitäts-Gesellschaft, der Gelsen-
kirchener Bergwerks-Aktien-Gesellschaft, der Gerb- und Farb-
stoffwerke v. Kemner & Co. A.-G., der Rheinisch-Westfälischen
Sprengstoff-Aktien-Gesellschaft, der Bogländischen Maschinen-
fabrik. — Aktien der Frankfurter Allgemeinen Versiche-
rungs-Aktien-Gesellschaft, der Norddeutschen, Unfall-, Haftpflicht-
und Feuer-Versicherungs-A.-G., der Hedderheimer Kupfer-
werk- und Süddeutschen Kesselwerke, der Koforny & Witten-
find Maschinenbau-Aktiengesellschaft.

Ferner beteiligten wir uns u. a. an der Übernahme folgen-
der Werte:

- 3 1/2% Niederländische Anleihe von 1911. — 4 1/2% An-
leihen der Mansfeldischen Kupferhütte bauenden Gewerks-
chaft, der „Midgard“ Deutsche Seefahrt-Aktien-Ges., der
Westfälischen Drahtwerke Langendreer. — Neue Aktien der
Mitteldeutschen Creditbank, der Nationalbank für Deutsch-
land, der Sächsischen Cartonagen-Maschinen-Aktien-Gesell-
schaft, der Leonhard Tietz Aktiengesellschaft in Köln, der
Westfälischen Drahtwerke Langendreer. — Aktien der Han-
delsbank für Ostafrika, der Th. Goldschmidt Aktiengesellschaft
Chemische Fabrik und Zinnhütte, der Neuen Rheinau-Aktien-
gesellschaft in Mannheim, der Ringhofer Werke Aktiengesell-
schaft, der Werischen-Weihenfelder Braunkohlen-Aktien-Gesell-
schaft, der Wulfersfabriken Schöeller & Co. A.-G. in Wien, der
Société Tramways et Electricité en Russie in Brüssel.

Außerdem gelangten unter unserer Beteiligung und Mit-
wirkung u. a. folgende Anleihen und Aktien zur Emission:

- 4% Ungarische Staatsschuldverschreibungen. — 4% Kai-
serlich-Ottomanische Anleihe. — 5% Kaiserlich-Chinesische
Hufuang-Staats-Eisenbahnanleihe. — 4 1/2% Teilschuldver-
schreibungen und Aktien der Deutsch-Südamerikanischen Tele-
graphen-Gesellschaft.

Bei folgenden Emissionen hier, in Frankfurt a. M. und
Bremen übernahmen wir die Zeichnungs- oder Einführungs-
stelle:

- 4% Schuldverschreibungen der Herzoglich Sachsen-Mei-
ningischen Landescreditanstalt. — 4% Rheinprovinz-Anleihe.
— 4% Anleihe der Städte Duisburg, Freiburg im Breisgau,
Wandsbek. — 4% Hypotheken-Pfandbriefe der Braunschweig-
Sannoverschen Hypothekbank, der Deutschen Grundcreditan-
stalt in Gotha, der Deutschen Hypothekbank in Meiningen,
der Rheinischen Hypothekbank in Mannheim. — Teilbeträge
der 4% Central-Pfandbriefe von 1910 und der 4% Kom-
munal-Obligationen von 1903 der Preussischen Central-Vo-
dencredit-Aktiengesellschaft. — 4% Teilschuldverschreibungen
der Oberheinischen Eisenbahn-Gesellschaft Aktiengesellschaft
in Mannheim. — Southern Pacific San Francisco Terminal
First Mortgage 4% Gold Bonds (für einen Teilbetrag von \$
4 000 000). — Neue Aktien der Braunschweig-Sannoverschen
Hypothekbank, der St. Petersburger Diskontobank, der
Deutscher Eisenhandel Aktiengesellschaft. — Aktien der Rhein-
ischen Hypothekbank, der Banque Centrale Anversoise, der
Commerzbank in Warschau, der Electricitäts-Lieferungs-Ge-
sellschaft.

Die Otavi-Minen- und Eisenbahn-Gesell-
schaft hat in ihrem Geschäftsjahre 1. April 1910 bis 31.
März 1911 auf ihren Förderstätten Tsumeb, Afis Guchab
und Gr. Otavi 42 000 Tonnen Kupfererz gefördert, von denen
31 600 Tonnen mit einem Durchschnittsgehalt von 16% Kupfer
und 24% Blei zur Verschiffung gelangten. Aus den an
Ort und Stelle verhütteten ärmeren Erzen wurden 2200
Tonnen Kupfererz und 2040 Tonnen Werkblei gewonnen.
Der Reingewinn des Geschäftsjahres belief sich auf
M 4 490 927,85, wovon M 1 156 969,77 zur Auffüllung des
Reservefonds bis zum fahungsmäßigen Meistbetrag von
M 2 000 000 und zur Anlegung besonderer Nachzins- und
Unfall-Reserven verwendet wurden, während von dem Rest
eine Dividende von M 8,50 auf jeden, jezt nur noch auf M 20
validierenden Gesellschaftsanteil und von M 6,50 auf jeden
Genuschein verteilt werden konnte.

Die Schantung-Eisenbahn-Gesellschaft hat
für 1910 eine Dividende von 6 1/2% auf die Aktien und M 7,50
auf jeden Genuschein verteilt. Das Jahr 1911 brachte gegen
das Vorjahr einen Rückgang der Betriebseinnahmen von
etwa 3 1/2%. Der Reinertrag hat im Berichtsjahre zwar
eine Steigerung erfahren, der Güterverkehr dagegen ist durch
die allgemeine wirtschaftliche und politische Lage, durch die
infolge der Pest und ihrer Nachwirkungen verursachten Stö-
rungen, durch vorübergehende ungünstige Ernteverhältnisse
und Hochwasserbeschädigungen der diesjährigen Regenperiode, sowie
durch allmähliche Abnahme der Bauenden für die Tientsin-
Pukow-Eisenbahn zurückgegangen, ist aber seitdem wieder
in bemerkenswertem Aufschwung begriffen. Über die Höhe der
der Generalversammlung vorzuschlagenden Dividende ist noch
kein Beschluss gefasst.

Die Schantung-Bergbau-Gesellschaft hat ihre
Förderung aus der Hungshanggrube im Jahre 1911 auf rd.
276 000 Tonnen gegenüber rd. 223 000 Tonnen im Vorjahre
gesteigert, entsprechend den wachsenden Anforderungen nam-
entlich an Bunkerkohlen-Vieferungen für das deutsche Kreuz-
fahrgefahrer und die sonst Tsingtau anlaufenden Kriegs-
schiffe und Handelsdampfer. Dagegen waren die Marktver-
hältnisse für gewöhnliche Kohlenqualitäten in Ostasien auch
weiterhin ungünstig, weshalb im Fangtschlofenfeld im Jahre
1911 nur rd. 170 000 Tonnen gegen rd. 229 000 Tonnen im
Vorjahre gefördert wurden und auch 1911 noch mit Verlust
gearbeitet wurde.

Bei der Großen Venezuela Eisenbahngesell-
schaft ist gegen das Jahr 1910 eine erfreuliche Steigerung
der Betriebseinnahme zu verzeichnen, die darauf zurückzufüh-
ren ist, daß infolge ergiebiger Ernten und politischer Ruhe
sich im Jahre 1911 die wirtschaftliche Lage bessern und der
Verkehr erheben konnte. Unter diesen Umständen darf mit
einer Erhöhung der Dividende gegen das Vorjahr gerechnet
werden.

Die Entwicklung der Unternehmungen, an denen die All-
gemeine Petroleum-Industrie-Aktien-Ge-
sellschaft beteiligt ist, entsprach während ihres am 30.
September 1911 abgelaufenen Geschäftsjahres im allgemeinen
den Erwartungen. Die Gesellschaft übertrug inzwischen der
Deutschen Erdöl-Aktiengesellschaft den größten Teil ihrer Be-
teiligungen sowie ihr Verwaltungsverhältnis gegen eine Barzahlung
und neu ausgegebene Aktien genannter Gesellschaft. Die mit
der Deutschen Erdöl-Aktiengesellschaft getroffenen Abmachun-
gen sichern uns auch weiterhin unseren Einfluß auf die Pe-
troleumindustrie, insbesondere diejenige Rumäniens.

Die Gesellschaft Christoph-Friedrich hat im abge-
laufenen Jahre erstmalig nach Vornahme reichlicher Abschrei-
bungen eine Ausbeute von M 2 757,80 auf jeden Akt. bereit.
Das unter unserer Führung stehende Konjunktial hat seine
sämtlichen Anteile an der Werischen-Weihenfelder Braunkohlen-
Aktien-Gesellschaft gegen Überlassung von 6 000 000 junge
Werischen-Weihenfelder Aktien mit Dividendenberechtigung
vom 1. April 1912 ab verkauft. Diese Interessengemeinschaft
mit einem der ältesten mitteldeutschen Braunkohlenberg-
werke, das sich gleichzeitig die Waldauer Braunkohlen-Indu-
strie-Aktien-Gesellschaft angegliedert hat und nunmehr über
ein Aktienkapital von M 14 000 000 verfügt, bietet nicht nur
die Gewähr für eine angemessene Rente, sondern läßt auch er-
hoffen, daß dieser neu gebildete Konzern in der in Mittel-
deutschland einsetzenden Konzentrationsbewegung und bei den
Verhandlungen über die Erneuerung des Mitteldeutschen
Braunkohlen-Syndikats eine bedeutende Stellung einnehmen
wird.

Bei der Gewerkschaft Braunkohlenwerke Vorna
ist der Betrieb mit einigen Pausen programmäßig im April
1911 aufgenommen und ohne Störungen durchgeführt wor-
den. Die neue Marke konnte auf dem Markt ohne jede
Schwierigkeit eingeführt werden, so daß der Ausbau der Bri-
kettfabrik auf 16 Pressen bereits im Herbst in Angriff ge-
nommen wurde. Der erzielte Betriebsüberschuss deckte bereits
voll die erforderlichen normalen Abschreibungen.

Die „Rebision“ Treuhänder-Aktien-Ge-
sellschaft konnte ihren Geschäftskreis sowohl auf dem Gebiete
der Revisionen wie auf dem der Vermögensverwaltungen und
Testamentsvollstreckungen wesentlich erweitern. Ihre Dienste
werden in steigendem Maße auch von Kommunalverwaltungen
in Anspruch genommen. Sie hat ihre Dividende für 1911,
entsprechend der günstigen Entwicklung, auf 8% (1910: 6%)
erhöht.

Im Hinblick auf die sich immer schwieriger gestaltende Er-
zeugung der deutschen Eisenhüttenwerke haben wir uns im
Verein mit der Norddeutschen Bank in Hamburg und anderen
Freunden an der Aktiengesellschaft „Sydvaran-
ger“ in Christiania beteiligt und ihr die Mittel zum Anschluß
ihrer großen Erzlagerrstätten auf der Galbinsel Pasvik in
Norwegen und zum Ausbau ihrer Anlagen zur Herstellung
von Konzentrat sowie der Brückentierung und Verladung vor-
gestellt. Dieser Ausbau ist nunmehr vollendet und die An-
lagen sind mit bestem Erfolge in Betrieb gesetzt. Bei der sich
von seiten Deutschlands wie Englands zeigenden Nachfrage
nach den Produkten dürfen wir auf eine günstige Weiterent-
wicklung des Unternehmens rechnen.

Ferner haben wir uns an der Begründung der Zinkhüt-
ten- und Bergwerks-Aktiengesellschaft vorm.
Dr. Lowitz & Co. in Kattowitz beteiligt. Nachdem das
Unternehmen anfänglich unter dem Wechsel der Betriebs-
methoden zu leiden hatte, der durch die Notwendigkeit der
Verarbeitung anders gearteter oberer Erze an Stelle
der nicht mehr erhältlichen oberer Erze bedingt wurde, ist
dasselbe nunmehr, nachdem die umfangreichen Umbauten und
Erweiterungen seiner Fabrikanlagen in Trzebinia der Voll-
endung entgegen gehen, in das Stadium einer gewinnbrin-
genden Tätigkeit eingetreten und wird für das am 31. März
zu Ende gehende Geschäftsjahr erstmalig eine Dividende zur
Ausüttung bringen können. Wir erhoffen von diesem durch
seine geographische Lage und die Arbeiterverhältnisse begün-
stigten Unternehmen eine steigende Rentabilität sowohl aus
der Zinkproduktion und ihrer Verarbeitung wie aus der Her-
stellung von Schwefelsäure und aus der Verwertung der der
Gesellschaft gehörigen wertvollen Kohlenabbaurechte.

Die Filialen in London, Frankfurt a. M., Bremen und
Mainz, die Zweigstellen in Wiesbaden, Götz, Bommberg v. d.
S., Potsdam, Frankfurt a. O. und Offenbach a. M., sowie
die Depositionskassen in Berlin nebst Borsorten und in Frank-
furt a. M. weisen befriedigende Ergebnisse auf. Die Zahl
der Depositionskassen beträgt zurzeit in Berlin und Borsorten
23 und in Frankfurt a. M. 4. Die im laufenden Jahre er-
richteten neuen Filialen in Essen und Saarbrücken lassen eine
befriedigende Entwicklung erwarten.

Die Norddeutsche Bank in Hamburg wird auf
ihre in unserem Besitz befindliches Aktienkapital von 50 Mil-
lionen Mark für das Jahr 1911 eine Dividende von 10%
verteilen, die in unserer diesjährigen Gewinnrechnung er-
scheint. Der Gewinn aus der dauernden Beteiligung an an-
deren befreundeten Bankinstituten enthält die im Jahre 1911
vereinbarten Dividenden für das Geschäftsjahr 1910, und
zwar erzielt:

- Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt 9%. —
Süddeutsche Diskonto-Gesellschaft 6%. —
Bayerische Diskonto- und Wechsel-Bank 5%. —
Bank für Thüringen vorm. B. M. Strupp
Aktiengesellschaft 7 1/2%. — Stahl & Federer
Aktiengesellschaft 6%. — Rheinisch-Westfäl-
ische Diskonto-Gesellschaft A.-G. 7%. — Bar-
mer Bank-Verein Hinsberg, Fischer & Comp.
6 1/2%. — Magdeburger Bank-Verein 5 1/2%. —
Oberlausitzer Bank in Bittau 7 1/2%. — Geeste-
münder Bank 9%. — Deutsch-Asiatische Bank
8%. — Brasilianische Bank für Deutschland
10%. — Bank für Chile und Deutschland 6%. —
Deutsche Afrika-Bank Aktiengesellschaft 8%. —
Banca Generala Romana 10%. — Banque de
Credit in Sofia 5%. — Compagnie Commer-
ciale Belge anciennement S. Albert de Vary
& Co. in Antwerpen 6% für die privilegierten Aktien,
10% für die Stammaktien und Frs. 15 für jeden Genuss-
schein.

Auch für das Jahr 1911 dürfen wir ein günstiges Ergebnis
dieser Beteiligungen erwarten, insbesondere hat die Com-
pagnie Commerciale Belge anciennement S. Albert de Vary
& Co. in Antwerpen ein das Vorjahr noch übertreffendes Er-
tragnis aufzuweisen, so daß außer der vorjährigen Dividende
noch ein Bonus von Frs. 1 000 000 in privilegierten Aktien
zur Ausschüttung kommen wird.

Die Summe der Beteiligungen an diesen Banken belief sich
Ende 1911 auf M 48 091 157,22 gegen M 43 453 847,21 Ende
1910. Die auf sie für das Geschäftsjahr 1910 bzw. 1910/11
entfallenden und im Berichtsjahre vereinbarten Dividenden
betrugen M 2 768 195,— gegen M 2 506 142,74 im Vorjahre.

Der Bestand der Einlagen auf provisorischer Rechnung
betrug am Schluß des Berichtsjahres M 256 793 016,07 gegen
M 313 671 566,69 (Depositen) am Schluß des Jahres 1910.
Hiervon waren

- a) innerhalb 7 Tagen fällig M 119 579 464,20
- b) darüber hinaus bis zu 3 Monaten fällig M 75 740 571,04
- c) nach 3 Monaten fällig M 61 472 980,83.

Der Kontokorrentverkehr ergab folgende Resultate:

	1911	1910
Debitoren am Schluß des Jahres	M 404 986 281,09	M 413 063 047,83
Kreditoren am Schluß des Jahres	312 118 987,01	295 211 912,95
Erworbene Provision	9 353 448,37	8 355 333,37
Bergütete Provision	294 348,18	277 925,31

Der Umschlag im gesamten Kontokorrentverkehr, einschließ-
lich der Einlagen auf provisorischer Rechnung, betrug
M 54 880 738 144,58 gegen M 50 795 267 511,07 im Jahre 1910.
Von den Debitoren waren gebüßt durch Unterlagen
M 302 550 426,04, hiervon durch börsengängige Wertpapiere
M 165 100 488,89.

- Die Kreditoren setzten sich zusammen aus
a) Kontokorrentschulden M 11 066 605,05
b) seitens der Kundschaft bei Dritten benutzten Krediten
M 9 644 756,30
c) Guthaben deutscher Banken u. Bankfirmen M 33 988 524,91
d) sonstigen Kreditoren M 257 419 100,75, hiervon
a) innerhalb 7 Tagen fällig M 182 078 590,92
b) darüber hinaus bis zu 3 Monaten fällig M 67 527 237,33
c) nach 3 Monaten fällig M 7 813 272,50.

Die Zahl der laufenden Rechnungen betrug am Schluß
des Jahres 1911 43 605 gegen 34 437 im Jahre 1910. Von
diesen Rechnungen waren mit Effektenposten verbunden am
Schluß des Jahres 1911 22 817 gegen 21 061 im Jahre 1910.
Die in den Passiven aufgeführten „Aespte und Schecks“
betrugen M 235 140 397,87 gegen M 207 501 725,98 im Jahre
1910. Hierin waren noch nicht eingelöste Schecks in Höhe von
M 5 477 603,39 enthalten.

Die Zunahme, die unser Aespte in den letzten Jahren
erfahren hat, ist herbeigeführt durch die erhebliche Ausdehnung
unserer überseeischen Beziehungen und unsere vermehrte
Anteilnahme an dem internationalen Güterauskauf, der auf
das Bankespte für Rembourszwecke angewiesen ist.

Die Wechsel- und Bürgschaftsverbindungen, denen der gleiche
Betrag von Aespte und Bürgschaftsverbindungen gegenüber-
steht, beliefen sich am 31. Dezember 1911 auf M 49 852 721,16
gegen M 45 679 183,57 in 1910. Wir hatten eigene Zeichnungen
weder für eigene Rechnung noch für Rechnung Dritter in den
Verkehr gesetzt, auch waren an unsere Erder-Gestellte Sola-
wechsel unserer Kunden nicht im Umlauf.

Discont- und Zinsentlastungen ergaben einen Ertrag von
M 13 091 958,80 im Jahre 1911 gegen M 11 446 277,03 im
Jahre 1910.

Der Umschlag der Kassen betrug M 24 412 209 075,16 gegen
M 22 906 099 756,04 im Vorjahre, der Gesamtumschlag (von
einer Seite des Hauptbuches) M 57 837 813 282,90 gegen
M 53 317 286 060,85 im Vorjahre.

Der Beteiligung von M 50 000 000 an dem Kommandi-
kapital der Norddeutschen Bank in Hamburg stellt ein Gesamt-
umsatz dieser Bank von M 19 044 525 225,60 von einer Seite des
Hauptbuches gegen M 17 587 017 998,37 im Vorjahre gegenüber.
Dem Gesamtkapital der Diskontogesellschaft entspricht im
Jahre 1911 also ein Gesamtumschlag von M 76 882 341 508,50
von einer Seite des Hauptbuches gegen M 70 904 304 059,22
im Vorjahre. Die von den beiden Instituten zusammen ver-
einbarte Netto-provision stellt sich auf M 11 271 000,43
gegen M 10 199 545,79 im Vorjahre.

Berlin, im Februar 1912.

Direction der Disconto-Gesellschaft.

Die Geschäftsinhaber
Dr. Salomon John, Schindler, Dr. Ruffell, Urbig,
Dr. Solmssen, Waller, Dr. Rosler.